

## Presse-Information 23.11.2011

---

### Chip statt Fahrkarte

#### Region begrüßt Einführung des e-Tickets – Reform der Verkehrsfinanzierung wirkt sich auf künftige S-Bahn-Projekte der Region aus

10 STUTTGART: Mit Chipkarte statt Fahrschein bargeldlos in Bussen und Bahnen fahren. Was heute noch Zukunftsmusik ist, soll im Gebiet des Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) in den nächsten Jahren schrittweise Wirklichkeit werden. „Die Vision, den ÖPNV ohne Tarifkenntnisse, idealerweise bundesweit, nutzen zu können, ist verlockend“, sagte Regionaldirektorin Jeannette Wopperer. „Wir wollen es den Kunden so einfach wie möglich machen, hat VVS-Geschäftsführer Horst Stammler im Verkehrsausschuss gesagt. Ein erster Einstieg ist mit Online-Ticket und dem künftigen Handy-Ticket gemacht, so Stammler. Bis zum e-Ticket sind noch einige, auch finanzielle, Hürden zu nehmen. Nach Auskunft von Horst Stammler fallen rund 13,5 Millionen Euro für Investitionen an. Doch Zuschüsse von Bund oder Land seien derzeit nicht in Sicht. „Die Finanzierung müsse aus verschiedenen Quellen erfolgen“, machte Jeannette Wopperer deutlich.

20 Beim VVS ist die Idee einer Mobilitätskarte des Verbandsvorsitzenden Thomas S. Bopp auf fruchtbaren Boden gefallen. „Wir möchten gleich das ganz große Rad drehen und das e-Ticket von Beginn an als Mobilitätskarte konzipieren. Wir wollen Mobilität vernetzen“, sagte Horst Stammler. Genau daran arbeitet die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS) im Zuge des Modellprojekts Elektromobilität. Deshalb will der VVS einen Antrag im Projekt Schaufenster Elektromobilität stellen. Ziel sei es, e-Ticket, die Nutzung von Pedelecs, Elektroautos, Taxi, Park and Ride sowie andere Dienstleistungen über eine Mobilitätskarte abzuwickeln.

### Regionale Auswirkungen von Bundesreform

30

STUTTGART: Die Neuregelungen der Verkehrsfinanzierung von Bund und Land wird 2019 grundlegende Änderungen nach sich ziehen. Ab 2020 wird sich der Bund entsprechend der Föderalismusreform aus der Finanzierung von kommunalen Verkehrsprojekten zurückziehen. Dann werden die Länder dafür, gegebenenfalls mit „ei-

genem Geld“ aufkommen müssen. Da ab 2013 auch die Revision der Regionalisierungsmittel ansteht, ist das Land bei der Annahme von neuen Förderanträgen zurückhaltend. Auch die Deutsche Bahn reagiert auf die Änderungen. Sie verlangt künftig bei allen neuen Projekten, die über 50 Millionen Euro kosten und vor 2019 beginnen, eine Risikoübernahme von regionalen oder kommunalen Finanziers.

40

Für die laufenden S-Bahn-Projekte (S 60 Böblingen – Renningen, S 4 Marbach – Backnang) ergibt sich aus diesen Änderungen „aus heutiger Sicht kein erkennbares Risiko“, wurde heute im Verkehrsausschuss auf Antrag der SPD-Fraktion erläutert. Auf finanziell unsicheren Beinen stehen nun allerdings der barrierefreie Ausbau der S-Bahnsteige, die Verlängerung der S 5 nach Vaihingen/Enz sowie die Verlängerung der S-Bahn nach Neuhausen. Auch die Finanzierung der S-Bahn in den Kreis Göppingen und ein möglicher S-Bahn-Ringschluss bis Wendlingen ist nicht abschließend gesichert. Der Verband Region Stuttgart möchte deshalb seine Planungen und Abstimmungen mit den kommunalen Partnern voranbringen. Angesichts recht langer

50

Vorläufe sollen so die Chancen auf eine Verwirklichung der Projekte steigen, wenn dann die Finanzierung sichergestellt ist. „Wir müssen das Land fordern, damit es auch fördert“, brachte Wirtschaftsdirektor Dr. Jürgen Wurmthaler diese Vorgehensweise auf den Punkt.

*Mittwoch, 23. November 2011/la*

---